

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig, Sburny, Freundinnen und Freunde

betreffend innovationsfreundliches Vergaberecht

eingbracht im Zuge der Debatte zur Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabegesetz 2006 – BVergG 2006 geändert wird (127 d.B.) idF des Ausschussberichts

Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde der Leitfaden "procure_inno. Praxisorientierter Leitfaden für ein innovationsförderndes öffentliches Beschaffungs- und Vergabewesen" veröffentlicht. Mit diesem ist beabsichtigt, öffentlichen Auftraggebern ein Hilfsmittel zu einer aus innovationspolitischer Sicht positiven Anwendung der bestehenden Bestimmungen und Instrumente des Vergaberechts zur Verfügung zu stellen.

Um die im Rahmen des Erstellungsprozesses dieses Leitfadens gewonnenen Erkenntnisse optimal zu verwerten, sollen diese für eine weitere Reform des Beschaffungsrechts genützt werden. Zielsetzung der Reform sollte in erster Linie die Beseitigung von Innovationshemmnissen sein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird ersucht, das im Rahmen der Erstellung des Leitfadens "procure_inno. Praxisorientierter Leitfaden für ein innovationsförderndes öffentliches Beschaffungs- und Vergabewesen" aufgebaute Know-how für eine Novellierung des Bundesvergabegesetzes 2006 mit besonderem Fokus auf die Beseitigung von Innovationshemmnissen zu nützen und einen entsprechenden Novellierungsentwurf auszuarbeiten.

Zil
f. gl.
h. h.
w. K.